

Bund weist im Grundwasser vermehrt Schadstoffe nach

Neue Zahlen des Bundes deuten auf eine Zunahme von Nitrat im Grundwasser hin. Das spielt der Trinkwasserinitiative in die Hände.

Stefan Bühler

13.03.2021, 21.45 Uhr



In Ackerbaugebieten ist die Belastung des Grundwassers mit Nitrat besonders hoch: Traktor auf Salatfeld. (Birmenstorf, 17. September 2019)

Christian Beutler / Keystone

Welche Landwirtschaft wollen wir? Über diese Frage wird gerade heftig gestritten: Im Parlament, wo verschiedene agrarpolitische Vorlagen anstehen. Und bis im Juni, wenn wir über die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative abstimmen werden, auch in der Bevölkerung. Im Kern dreht sich die Debatte darum, ob in der Landwirtschaft die Produktion von Milch, Fleisch, Gemüse und Getreide im Vordergrund steht, dies auch unter Einsatz von Düngern und synthetischen Pestiziden.



KPMG AG

Graduate - Audit Insurance

Zürich



E.M.S. AG

Engineering Management Selection E.M.S. AG

Product Manager ICT

Grossraum Bern



E.M.S. AG

Engineering Management Selection E.M.S. AG

Oder ob die vom Staat stark subventionierten Bauern ihre Betriebe ökologischer ausrichten sollen, möglichst ohne künstliche Pflanzenschutzmittel, Futterimporte und mit reduziertem Düngereinsatz – so wie das die beiden Initiativen fordern. Sie haben namentlich den Schutz des Grund- und Trinkwassers zum Ziel.

Just in dieser Situation hat das Bundesamt für Umwelt (Bafu) vor wenigen Tagen neue Zahlen zu Nitrat im Grundwasser publiziert. Dieses stammt oft aus stickstoffhaltigen Kunstdüngern sowie Mist und Gülle, die das Pflanzenwachstum fördern sollen. Wird zu viel davon ausgebracht, können die Pflanzen das Nitrat nicht vollumfänglich aufnehmen.

Der Überschuss sickert früher oder später ins Grund- und folglich ins Trinkwasser. Das ist unerwünscht, denn wie Pestizide gilt auch Nitrat als gesundheitsgefährdend; vor drei Jahren sorgte eine Studie aus Dänemark für Schlagzeilen, die auf ein höheres Darmkrebsrisiko hinwies.

Grosse Schwankungen

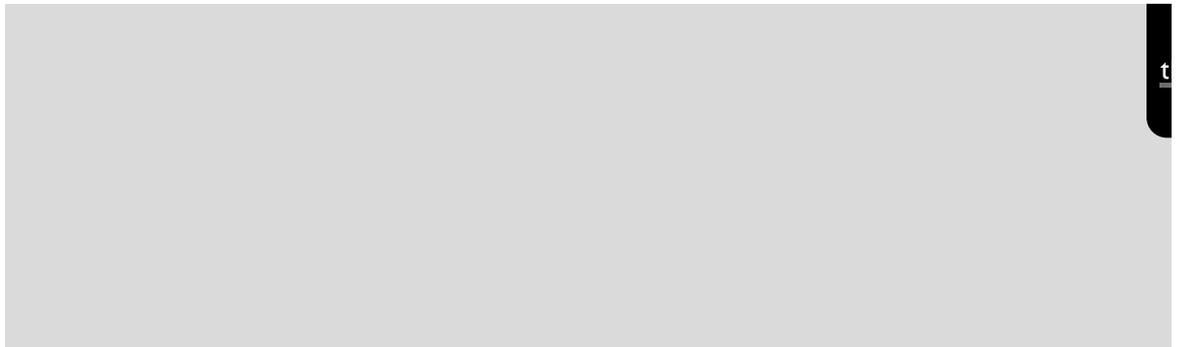
Schon länger gilt auch wegen solcher Risiken in der Schweiz im Grundwasser ein Grenzwert von 25 Milligramm Nitrat pro Liter. Um das zu kontrollieren, misst der Bund an 545 Stellen im ganzen Land die Grundwasserqualität. Von diesen Messungen liegen nun neue Daten vor: Demnach wurden im Jahr 2019 bei 13,9 Prozent aller Messstellen die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten. Im Jahr zuvor lagen die Werte bei 12,8 Prozent der Messstellen über der gesetzlichen Limite.

Und 2017 waren laut Bund 11,5 Prozent der Messstellen im Grundwasser in «unbefriedigendem Zustand». Besonders betroffen von der Zunahme ist das Mittelland: Hier lagen die Werte 2019 bei fast 30 Prozent der Messstellen über dem Grenzwert, im Jahr 2017 waren in dieser Region noch 25 Prozent der Messstellen in ungenügendem Zustand.

Das Bafu kommentiert die neuen Zahlen zurückhaltend: Der Nitratgehalt im Grundwasser sei grossen Schwankungen unterworfen, teilt es auf Anfrage mit. Das bestätigt ein Blick auf die Statistik, so war vor rund zehn Jahren die Zahl der ungenügenden Messstellen auch schon höher als jetzt. Fachleute weisen zudem darauf hin, dass das Wetter eine grosse Rolle spielt.

Je nach Zeitpunkt und Intensität der Regenfälle werde mehr oder weniger Nitrat ausgeschwemmt: In regenarmen Jahren gelangt weniger Schadstoff ins Grundwasser. Da das Nitrat in Trockenzeiten aber nicht einfach verschwindet, sind später höhere Werte zu beobachten. Ob die «aktuell sichtbare, leicht steigende Tendenz» anhalte, zeige sich erst in den folgenden Jahren, schreibt das Bafu.

Trotz allen Schwankungen ist unbestritten, dass die Belastung mit Nitrat seit 20 Jahren nicht mehr sinkt und vielerorts anhaltend zu hoch ist. Zahlreiche Grundwasserfassungen wurden deswegen schon geschlossen. Wegen Pestizid- und Nitratbelastung müssen zudem manche Versorger weniger belastetes Wasser beimischen, um die Trinkwasserverordnung einhalten zu können. Besonders betroffen sind Grundwasservorkommen im Ackerland.



Für die Kritiker der konventionellen Landwirtschaft ist der Fall klar: «Wir müssen unsere Betriebe auf eine standortgemässe Landwirtschaft umstellen», sagt Andreas Bosshard vom Verein Vision Landwirtschaft. Das bedeute eine Minimierung des Kunstdüngereinsatzes und eine Reduktion des Tierbestands: «Es sollten nur so viele Tiere auf einem Betrieb gehalten werden, wie dessen Boden ernähren kann.»

In diese Kerbe haut auch Kilian Baumann, Landwirt und Nationalrat der Grünen. «Mit dem Import von Tausenden Tonnen Kraftfutter, die später als Gülle und Mist zurückbleiben, führen wir grosse Mengen Nährstoffe zu, die etwa in Form von Nitrat, Phosphor und Ammoniak unsere Umwelt belasten.» Beide verweisen auf die Trinkwasserinitiative, die indirekt eine Begrenzung des Tierbestands fordere und damit massgeblich zur Reduktion des Problems beitragen könne.

Bauernverband kontert

Dies bestreitet David Brugger: «Die Trinkwasserinitiative bringt bezüglich Nitrat und Nährstoffbilanz gar nichts», sagt der Leiter Pflanzenbau beim Bauernverband. Denn Mineraldünger wäre nach wie vor erlaubt, auch Gülle und Mist könnten weiter zugeführt und ausgebracht werden, selbst auf Betrieben ohne eigene Tiere. «Wir müssen auf den einzelnen Betrieben durch verbesserten Einsatz von Hof- und Mineraldünger die Verluste reduzieren und die Nährstoffeffizienz steigern», sagt Brugger.

Deshalb unterstütze der Bauernverband einen Vorstoss des Parlaments, der Massnahmen zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und Nährstoffüberschüssen vorsehe, einen sogenannten Absenkpfad. Dieser Vorstoss gilt als Alternative zu den Agrarinitiativen, die Bürgerlichen, Bundesrat und Bauernverband zu weit gehen. Wie stark die Nährstoffbilanz mit dem Absenkpfad reduziert werden soll, steht freilich noch nicht fest.

Kritiker zweifeln darum daran, dass es der Agrarlobby ernst ist, ihre Produktion mit Rücksicht auf die Umwelt spürbar zu drosseln.

Pestizidinitiative: Ärzte appellieren an Parmelin und Berset

Am 13. Juni kommen die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und die Trinkwasserinitiative vors Volk. Die Initianten der Pestizidinitiative und ihre Gegner lancieren bereits jetzt den Abstimmungskampf. So appellieren rund 350 Personen aus dem Gesundheitsbereich, darunter über 220 Ärztinnen und Ärzte, in einem offenen Brief an Bundespräsident und Landwirtschaftsminister Guy Parmelin sowie Gesundheitsminister Alain Berset, entschiedener gegen den Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel vorzugehen.

Es sei «wissenschaftlich erwiesen, dass synthetische Pestizidrückstände in unserer Nahrung und Umwelt allgegenwärtig sind». Der Bund müsse seiner Verantwortung nachkommen und den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Zu den Unterzeichnern gehört auch der Schweizer Nobelpreisträger für Chemie, Jacques Dubochet.

Angeführt vom Bauernverband hat auch das Gegenkomitee schon seine Kampagne lanciert. Es befürchtet unter anderem weniger einheimische Produktion, höhere Lebensmittelpreise und mehr Food-Waste. Beide Initiativen würden bereits erzielte Fortschritte zu mehr Ökologie in der Landwirtschaft infrage stellen.

Mehr zum Thema





Pestizide, Dünger, Schmerzmittel: Warum unser Trinkwasser bedroht ist

Das Schweizer Hahnenwasser ist weltbekannt. Dabei ist es längst nicht mehr so rein. Es muss etwas geschehen, fordern Wasserversorger und Kantonschemiker.

Carole Koch und Anja Burri



Trinkwasserinitiative: Wasserschlacht im Bundeshaus

Wie schützen wir unser Trinkwasser? Der Streit um Pestizide erreicht den Nationalrat.

Stefan Bühler

Nur für Sie

Es gibt so viele Zwangsheiraten wie noch nie
Und plötzlich war der Aufstand wieder abgesagt
Asyl: Prävention Straftaten

Andreas Schmid

Daniel Friedli, Andrea Kučera, Ladina Triaca

Lukas Häuptli

[NZZaS abonnieren →](#)

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.